

Unternehmen besorgt: Lockdowns und der Ukraine-Krieg verschärfen Lieferengpässe

02.06.2022

Auf einen Blick

Die jüngste Umfrage von economiesuisse zeigt, dass die Schwierigkeiten beim Bezug von Vorprodukten und Rohstoffen weiter zugenommen haben. In China legen Lockdowns weite Teile der Industrie und einzelne Häfen ganz oder teilweise still. Gleichzeitig verteuern der Krieg in der Ukraine und die verhängten Sanktionen die Rohstoffpreise. Zwei von drei befragten Unternehmen werden aufgrund der Lieferengpässe in den kommenden Monaten ihre Preise erhöhen müssen. Die meisten Firmen rechnen nicht mit einer schnellen Normalisierung.

Der inzwischen über drei Monate andauernde Ukraine-Krieg wird zum immer grösseren Problem, auch für die Schweizer Wirtschaft: 70 Prozent der Unternehmen geben an, durch den Krieg direkt oder indirekt betroffen zu sein. Bei den Branchenvertretern sind es gar neun von zehn. Das sind mehr als eineinhalbmals so viele wie in der letzten Umfrage im März. Auch die Sanktionen spielen eine Rolle, wenn auch eine untergeordnete: Rund ein Viertel der befragten Unternehmen ist von den wirtschaftlichen Strafmassnahmen betroffen.

Ukraine-Krieg verknappt Rohstoffe und Vorprodukte

Im Zentrum stehen der erschwerte Bezug von Rohstoffen und Vorprodukten sowie höhere Energiepreise. Über die Hälfte der befragten Firmen gibt an, kriegsbedingt davon betroffen zu sein. Der Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie fehlt es an Stahl und Stahlprodukten. Der erschwerte Import von Lebensmittelrohstoffen wie ukrainischem Weizen macht den Grosshändlern zu schaffen. Und im Bau- und Transportsektor werden Holz und Verpackungen knapp.

Immer mehr Branchen spüren die Folgen der Verwerfungen auch indirekt. So zählt die Ukraine beispielsweise zu den wichtigsten Lieferanten von Kabelbäumen, die in der Automobilindustrie eingesetzt werden. Deren Produktion ist derzeit aber kriegsbedingt unterbrochen. Das führt nicht nur bei den Fahrzeugherstellern zu Produktionsausfällen: Aufgrund von Stornierungen oder Auftragsverschiebungen werden auch die Schweizer Zulieferer, etwa aus der Chemie- und Textilbranche, davon in Mitleidenschaft gezogen.

Die Schiffslogistik ist gestört

Neben Produktionseinschränkungen führt der Krieg vorwiegend zu Ausfällen in der Logistik. Die wichtigsten ukrainischen Häfen, darunter Odessa, sind aufgrund des Konflikts und einer russischen Seeblockade geschlossen. Das hat massive Folgen. Das Land verschifft vor dem Krieg über 70 Prozent seiner Exporte. Zudem verschärft der Krieg den Personalmangel in der Frachtschiffslogistik. Denn rund jeder sechste Angestellte an Bord kommt aus Russland oder der Ukraine. Der Konflikt hat aber nicht nur Auswirkungen auf den See-, sondern auch den Landweg. Die Fahrer aus den beiden Ländern stellen einen wesentlichen Anteil in den europäischen Speditionen.

Es gibt aber noch einen weiteren triftigen Grund für die gestörten Lieferketten: Chinas strenge Corona-Politik mit harten regionalen Lockdowns führt zu Frachtschiffstaus und geschlossenen Fabriken. Rund drei Prozent der weltweiten Containerfrachtkapazität stehen zurzeit allein vor dem Hafen in Schanghai im Stau. 62 Prozent der befragten Unternehmen sehen darin einen Grund für die anhaltenden Lieferschwierigkeiten. Die Transport- und Logistikprobleme stehen unabhängig vom Transportmittel im Vordergrund: Neun von zehn Branchenvertretern führen die gestörten Lieferketten darauf zurück.

```
!function(){!function(e){if(void 0!=e.data["datawrapper-height"]){var t=document.querySelectorAll("iframe");for(var a in e.data["datawrapper-height"]){for(var r=0;r
```

Unterbrochene Lieferketten verteuern die Preise

Es ist wenig erstaunlich, dass die Probleme beim Bezug von Vorprodukten weiterhin den ersten Platz im Sorgenbarometer der Schweizer Unternehmen belegen. Doch es fehlen nicht nur Produkte und Rohstoffe. Auch die Rekrutierung von Fachkräften gestaltet sich schwierig. Mehr als ein Viertel der befragten Unternehmen findet nicht genügend ausgebildetes Personal. Gleichzeitig ist die Nachfrage nach vielen Konsumgütern ungebrochen hoch.

```
!function(){!function(e){if(void 0!=e.data["datawrapper-height"]){var t=document.querySelectorAll("iframe");for(var a in e.data["datawrapper-height"]){for(var r=0;r
```

Diese ausgeprägte Mangellage bleibt nicht ohne Folgen. Sämtliche befragten Branchenvertreter geben an, dass sich die Einkaufspreise erhöht haben. Hinzu kommen kriegsbedingt gestiegene Energiepreise. Das verteuert einerseits die Produktion, insbesondere in energieintensiven Industriesektoren. Andererseits treibt es aber auch die bereits hohen Logistikkosten noch weiter in die Höhe.

Die Firmen haben die höheren Einkaufs- und Energiepreise bislang über ihre Margen abgefangen. Doch trotz der Suche nach neuen Lieferanten und höheren Lagerbeständen konnte der Preisdruck nicht gemindert werden. Die Lieferengpässe gehen daher langsam an die Substanz der Unternehmen. Aufgrund der anhaltend schwierigen Lage planen zwei Drittel der Befragten nun eine Erhöhung der Verkaufspreise um durchschnittlich rund sechs Prozent im kommenden Halbjahr.

Keine schnelle Besserung in Sicht

Selbst wenn beispielsweise die Hafenblockaden in Schanghai aufgehoben würden, läuft noch lange nicht alles wieder rund. Es wird viele Monate dauern, bis sich die Lieferketten normalisieren. Die Mehrheit der befragten Firmen glaubt denn auch nicht, dass sich die Lage noch in diesem Jahr wesentlich entspannen wird. Über drei Viertel rechnen in den kommenden sechs Monaten weiterhin mit Lieferengpässen. Was all dies für die wirtschaftliche Erholung der Schweiz bedeutet, wird in der aktuellen Konjunkturprognose von economiesuisse eingehender analysiert.

Die Umfrage wurde von economiesuisse vom 11. bis zum 23. Mai 2022 durchgeführt. Teilgenommen haben 182 Organisationen. Die Umfrage deckt alle Landesteile ab. 18 Branchenverbände haben die Umfrage konsolidiert für ihre Branche ausgefüllt. Die Auswertung zeigt ein aktuelles Stimmungsbild der Schweizer Wirtschaft. Die Antworten wurden jeweils nicht gewichtet und die Ergebnisse erheben keinen Anspruch auf Repräsentativität.



Rudolf Minsch

Leiter Wirtschaftspolitik & Aussenwirtschaft, Chefökonom, Stv. Vorsitzender der Geschäftsleitung